

Podiumsdiskussion in Zirndorf

Kommunales Wahlrecht für Ausländer: Initiative an der Basis gefragt

ZIRNDORF – «Demokratie braucht jede Stimme – Kommunales Wahlrecht für Alle» lautet die aktuelle Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY). Anlässlich ihrer zweitägigen Vollversammlung, zu der rund 60 Vertreter aus dem ganzen Freistaat nach Zirndorf gekommen waren, fand am gestrigen Sonntag eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zu dem Thema statt.

Eingeladen waren Vertreter jener Parteien, die das Anliegen der Ausländerbeiräte unterstützen, auch Nicht-EU-Bürgern eine politische Teilhabe zu ermöglichen: die Bundesjustizministerin und bayerische FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Vorsitzende der Bayern-SPD Florian Pronold, der Vorsitzende der bayerischen Grünen Dieter Janecek sowie der SPD-Europaabgeordnete Ismail Ertug. Auf eine Einladung von CSU-Politikern habe die AGABY bewusst verzichtet, da sie nicht grundsätzlich über das kommunale Wahlrecht, sondern über konkrete Schritte auf dem Weg dorthin diskutieren wollte, so deren Vorsitzende Mitra Sharifi Neystanak.

Obwohl einig über das Ziel, konnten es sich besonders Leutheusser-Schnarrenberger und Pronold eingangs nicht verkneifen, dem jeweils anderen vorzuhalten, in der gegenwärtigen beziehungsweise alten Regierungskoalition gegenüber der Union zu wenig standhaft zu sein.

Was für ein «erhebendes Gefühl» es sei, wenn man erstmals wählen darf, konnte dafür Grünenchef Janecek aus eigener Erfahrung berichten. Der gebürtige Österreicher erhielt erst in Folge des Maastrichtvertrages von 1992 das kommunale Wahlrecht. Seit 2004 besitzt er die deutsche Staatsbürgerschaft.

Janecek verglich das Ausländerwahlrecht mit der Umweltpolitik: «Auch hier hat es Jahrzehnte gebraucht, bis die Ökologie tatsächlich ins Bewusstsein der Politik vorgedrungen ist.» Selbst bei CDU/CSU gebe es Leute, die etwas bewegen wollen, das mache Hoffnung. Gleichzeitig werde das Thema aber in seiner eigenen Partei noch nicht entschieden genug verfolgt, räumte er ein. Für Florian Pronold gilt es, den Druck auf die Unionsparteien, die besonders zu Wahlkampfzeiten auf ausländerfeindliche Parolen zurückgriffen, zu erhöhen. Die bislang 3000 Unterstützer der AGABY-Kampagne seien nicht genug.

Etwas konkreter wurde die Bundesjustizministerin, schließlich verfügt sie als einziger Podiumsgast über eine reelle Machtopion: «Ich werde meine EU-Kollegen bei der nächsten Sitzung darauf ansprechen.» Skeptisch zeigte sie sich, ob ein allgemeines Wahlrecht über den Europäischen Gerichtshof durchgesetzt werden kann. «Die Initiative muss von unten, von der Basis kommen», so Leutheusser-Schnarrenberger, «nur so geht das.»

Armin Leberzammer

1.2.2010

© NÜRNBERGER ZEITUNG

